

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 27.

Paderborn, 3. März

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme, und wird die gespaltene Garmond-Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet. Bestellungen auf das Paderborner Volksblatt werden noch fortwährend angenommen und die früher erschienenen Nummern vollständig nachgeliefert. Auswärtige wollen bei der nächstgelegenen Postanstalt ihre Bestellungen machen, damit die Zusendung sofort erfolgen kann.

Uebersicht.

Die Grundrechte des deutschen Volkes.

Deutschland. Paderborn. (Abgeordneten-Wahl); Berlin. (Gründung der Kammern; Erklärung vieler Abgeordneten); Frankfurt. (§§ 5 — 10 des Wahlgesetzes; die Interpellation des Abgeordneten Clemens); München. (Bankett); Wien. Reichstag; die Reorganisation Ungarns; Jellachich; Gonsanz. (Der Redakteur der Seebblätter).
Italien. Rom. (Der Bischof von Civitavecchia; das römische Wappen; die römische Presse; die Oesterreicher haben Ferrara besetzt); Florenz. (Regierungsdekrete).
Frankreich. Paris. (Die Abgeordneten der röm. Republik sind nicht empfangen; die Nationalversammlung).
Dänemark. Kopenhagen. (Bescheid des Königs).
Neueste Nachrichten.
Ver mis ch tes.

R. Paderborn, 28. Februar 1849.

Die zu Frankfurt versammelten Vertreter des deutschen Volkes haben den ersten Theil des ihnen aufgetragenen großen Verfassungswerkes, die Grundrechte des deutschen Volkes, am 20. December 1848 beendet. Am 23. Decbr. hat das Reichsministerium die zustimmende Erklärung der Bevollmächtigten der meisten deutschen Staaten erlangt. Demnächst ist die offizielle Bekanntmachung der Grundrechte im Reichsgesetzblatte (8 Stück Seite 49 bis 60) am 28. Decbr. erfolgt. Die Rechtskraft derselben ist nach Artikel 3 des Gesetzes vom 27. Septbr. 1848 am nächsten Tage nachher, also am 17. Januar 1849 eingetreten. Ueber die Einführung der Grundrechte in den einzelnen deutschen Staaten ist gleichzeitig ein besonderes Gesetz erlassen. Im Folgenden theilen wir die Grundrechte unsern Lesern mit:

I. Grundrechte des deutschen Volkes.

Dem deutschen Volke sollen die nachstehenden Grundrechte gewährleistet sein. Sie sollen den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm dienen, und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines deutschen Einzelstaates soll dieselben je aufheben oder beschränken können.

Artikel I.

Reichs- und Staatsbürgerrecht.

§. 1. Das deutsche Volk besteht aus den Angehörigen der Staaten, welche das deutsche Reich bilden.

§. 2. Jeder Deutsche hat das deutsche Reichsbürgerrecht. Die ihm kraft dessen zustehenden Rechte kann er in jedem deutschen Lande ausüben. Ueber das Recht, zur deutschen Reichsversammlung zu wählen, verfügt das Reichswahlgesetz.

Die Grundrechte sind ein Gemeingut der deutschen Nation. Die Regierungen der einzelnen Staaten können daran nicht mangeln und mäkeln. Jedem Bürger des großen Deutschland sind diese Rechte von seinen Vertretern unter der Gesamtbürgerschaft der 40 Millionen Deutschen gewährleistet. Werden sie ihm auf irgend eine Weise verweigert, so findet er die versprochene Rechtshilfe bei dem Reichstage und der deutschen Centralgewalt. In denselben ist die rechtliche Grundlage für deutsche Einheit in Verfassung und politischer Freiheit gegeben. Eine consequente, dem Geiste, woraus sie hervorgegangen sind, entsprechende Durchführung wird Deutschlands Macht und Größe fest begründen helfen. Wir müssen daher die Grundrechte hochhalten, und so viel an uns liegt, ihnen Leben und schöpferische Kraft zu geben und bestreben. — Wir alle, Preußen, Hessen, Lipper oder wie wir sonst nach den einzelnen Staaten, denen wir angehören, uns nennen mögen, sind vor der ganzen Welt für Bürger des deutschen Reichs erklärt. Deutscher Reichsbürger zu sein, ist gewiß keine geringere Ehre, als französischer citoyen zu heißen, wonach in früheren Jahren zu

Deutschlands Schande so mancher Deutsche seine Hand ausgestreckt hat. Im Auslande nennen wir uns nicht mehr Preuße, Oesterreicher, Hesse, Baier etc., sondern mit Nationalstolz deutsche Reichsbürger. Möge es nun auch allen deutschen Behörden gefallen, in den Wanderbüchern und Pässen für das Ausland bei dem Namen des Inhabers die Bezeichnung „Deutscher Reichsbürger“ nie fehlen zu lassen.

§. 3. Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen, jeden Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindegewerbe zu gewinnen.

Die Bedingungen für den Aufenthalt und Wohnsitz werden durch ein Heimathsgesetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine Gewerbeordnung für ganz Deutschland von der Reichsgewalt festgesetzt.

Von dieser Bestimmung ist nur sofort gültig das jedem Deutschen gegebene Recht, in jedem deutschen Staate und an jedem deutschen Orte Grundstücke jeder Art zu erwerben. Bisher war in manchen deutschen Staaten für Fremde, auch Deutsche, das Recht, Grundbesitz zu erwerben, wenn nicht gerade zu unmöglich gemacht, doch sehr erschwert. In diesem Paragraphen sind außerdem zwei wichtige Rechte verliehen — nämlich in jedem deutschen Staate und an jedem deutschen Orte Wohnsitz zu nehmen und jeden Nahrungszweig zu betreiben. Gewiß ist es nicht zu tadeln, daß beide Rechte nicht gleich in's Leben treten, sondern durch zwei verheißene besondere Gesetze — eine Gewerbeordnung und ein Heimathsgesetz — näher bestimmt werden sollen. Beide Rechte greifen bei consequenter Ausführung so tief in die Gemeinde- und gewerblichen Verhältnisse ein, daß mit vieler Umsicht die Einführung geschehen muß, damit nicht viele Gemeinden und Tausende von Handwerkern und Gewerbetreibenden zu Grunde gerichtet und in ihren wohlverordneten Rechten auf's schmachlichste verletzt werden. Zu wünschen ist aber, daß uns der Reichstag nicht allzulange auf die verheißenen Gesetze warten läßt. Eine gute deutsche Gewerbeordnung, verbunden mit der vollen Freizügigkeit durch ganz Deutschland ist für unsern sogenannten Gewerbestand von großer Wichtigkeit. Wir in Preußen haben durch die volle Gewerbefreiheit gelitten; denn da in andern deutschen Staaten nicht die gleiche Freiheit zu finden war, so ließen sich viele Handwerker und sonstige Gewerbetreibende aus andern deutschen Staaten bei uns nieder, ohne daß wir eine gleiche Anzahl in den andern Staaten abgeben konnten. Unsere Gewerbetreibenden können gewiß mit denen anderer deutschen Staaten die Concurrenz aushalten und wir werden deshalb bald sehen, daß viele in andern deutschen Staaten reichlichen Erwerb finden werden. Die Eröffnung von ganz Deutschland für die freie Concurrenz wird dem gesammten deutschen Gewerbestande einen nie gesehenen Aufschwung geben. Die Freizügigkeit durch ganz Deutschland und volle Gewerbefreiheit ist insbesondere für die Handwerker von unberechenbaren Folgen. Finden sich in einer Gegend zu viele Handwerker zusammen, um alle Beschäftigung und zu ihrem Auskommen genügenden Erwerb zu finden, so werden sich die, welche ihr Auskommen nicht finden, eine für ihren Erwerb günstigere Gegend in dem großen Deutschland aussuchen. Wer in einer größern oder kleinern Stadt mit den tüchtigern Meistern wegen Mangels gleicher Tüchtigkeit, oder wegen sonstiger Umstände die Concurrenz nicht aushalten kann, wendet sich zu einer andern Stadt oder auf's Land, wo geringere Ansprüche an die Tüchtigkeit der Handwerker gemacht werden, oder die sonstigen ungünstigen Verhältnisse nicht vorhanden sind. Es werden auch die mittelmäßigen Arbeiter ihr Auskommen finden; nur die untüchtigen werden vom Erwerbe zurückgedrängt, was hier ebenso, wie bei den andern Volksklassen unvermeidlich